

KOMMENTAR

Dobrindts Maut-Trick

VERKEHR Der Minister liefert ein Konzept für die Straßengebühr. Doch es hat zahlreiche Tücken im Detail.

Im Nachbarland Österreich, wo seit Jahren ganz selbstverständlich für die Nutzung der Autobahnen „Pickerl“ gekauft und an die Windschutzscheibe geklebt werden müssen, grollt man bereits. Auch die Niederlande, die bislang keine Maut auf ihren Straßen verlangen, aber sehr wohl und sehr gern deutsche Pisten auf dem Weg in den Urlaub nutzen, sind vergrätzt.

Das übrige Europa ist überzogen von diversen Maut-Regelungen, kennt Vignetten oder verlangt für bestimmte Strecken Nutzungsgebühren. Deutschland ist nun drauf und dran, ebenfalls in die europäische Maut-Union einzusteigen.

Dass die CSU seit Jahren auch hierzulande für eine Pkw-Maut die Trommel rührt, hat etwas mit grenzüberschreitender Gerechtigkeit, man könnte auch sagen mit dem Ärger über die Vignetten-Abzocke in den Nachbarländern zu tun. Dieser Frust ist teilweise nachvollziehbar. Denn in Deutschland gehen die Uhren anders. Hier gilt freie Fahrt für freie Bürger auf staatlich bezahlten und betriebenen Autobahnen und Bundesstraßen. Eigentlich.

Die vergangenen Jahre haben allerdings an Straßen, Brücken und Tunneln kräftig „genagt“. Ohne dass, wie es notwendig gewesen wäre, repariert, saniert und modernisiert worden wäre. Und fast zwei Jahrzehnte lang stand der Aufbau Ost vor dem Ausbau West. Auch dieses politisch gewollte Ungleichgewicht rächt sich nun.

Trotz vieler Milliarden Euro, die jedes Jahr in die Mineralöl- oder auch die Kfz-Steuer fließen, ist der Investitionstopf des Bundesverkehrsministers seit Jahren nicht ausreichend gefüllt. Auch Dobrindts gestern vorgestellte Pkw-Maut ändert daran grundlegend nichts. Der Minister hat zwar endlich ein Konzept für eine nutzerfinanzierte Maut, im Bürokratendeutsch Infrastrukturabgabe, „geliefert“.



VON REINHARD ZWEIFLER, MZ

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook, Twitter und Google+

Doch dies hat zahlreiche Tücken im Detail, europarechtliche Untiefen – und vor allem es spült nicht genug Geld in die Kasse. Die Länder stehen zudem bereits auf der Matte, um etwas vom neuen Maut-Kuchen abzubeckmen.

Rund 600 Millionen Euro könnten es schon sein, die die Maut von ausländischen Autofahrern dem deutschen Fiskus bringen werde, rechnet der CSU-Minister die Zahlen schön. Eine solcher Betrag klingt ganz gut. Doch vergegenwärtigt man sich den jährlichen Mehrbedarf, der bei etwa sieben Milliarden Euro liegt, wie Verkehrsexperten und -Minister schätzen, dann relativiert sich der erwartete Geldregen aus der Pkw-Maut rasch.

Um die Verkehrsinvestitionen wirklich auf die notwendige Höhe zu schrauben, brauchte es die jetzt mit viel Tamtam inszenierte „Ausländer-Maut“ nicht. Denn sie bedient eher das Gefühl, nun kassieren wir auch mal bei den anderen ab, so wie die uns abkassieren, als dass sie an der Malaise etwas grundsätzlich ändern würde. Vielmehr braucht eine in die Zukunft gerichtete Verkehrspolitik wirklich neue Prioritäten. Die Milliardenentnahmen aus dem Verkehrsbereich dürften nicht mehr im allgemeinen Haushalt „versickern“.

Hinzu kommen zahlreiche europarechtliche Unwägbarkeiten, die Dobrindt mit seiner Maut erst noch umschiffen muss. Formal bittet er zwar sämtliche Autofahrer auf deutschen Straßen und Autobahnen für die Infrastrukturabgabe zur Kasse. Doch nur die einheimischen Halter bekommen diese Maut über die deutsche Kfz-Steuer zurück.

Dobrindt greift zu einem Trick, der arg nach Diskriminierung riecht. Zumindest hat die EU-Kommission bereits ein kritisches Auge auf die deutschen Pläne geworfen. Brüssel oder unzufriedene Nachbarländer könnten das schöne CSU-Mautkonzept noch zunichte machen.

WEITERE KOMMENTARE

Spionage: Die Kanzlerin muss in der NSA-Affäre handeln. Sonst könnte sie selbst Schaden nehmen. [SEITE 5](#)

Bildung: Der Modellversuch „Flexible Grundschule“ endet – mit einem sehr guten Abschlusszeugnis. [SEITE 6](#)

PRESSESTIMMEN

Frankfurter Rundschau

Die Zeitung zur Spionageaffäre: „Nun will die Bundesregierung den BND in den USA spionieren lassen. Das wird die Amerikaner aber erschrecken! Zwei Dienste, die eng kooperieren, beschnüffeln sich gegenseitig, obwohl sie ohnehin alles voneinander wissen. Aber solange sich die Dienste gegenseitig beschnüffeln, bitte sehr, sollen sie ihre Große-Jungs-Spiele halt spielen. Wir wissen dank Edward Snowden, dass im Zweifel auch ganz normale Bürger ins Visier der US-Dienste kommen. Dagegen tut die Bundesregierung nichts, das ist der Skandal. Die Spitzel-Anweisung an den BND ist nur eine Beruhigungspille für die aufgeschreckte deutsche Öffentlichkeit: Wir lassen uns nicht alles gefallen, soll sie signalisieren.“

Hessische Allgemeine

Die Kasseler Zeitung zur Spionageaffäre: „Was jenseits des Atlantiks als Beitrag zur inneren Sicherheit nach den Anschlägen von 9/11 begriffen wird, stellt sich hier oft als grobe Verletzung von Recht und Gesetz dar. Staaten haben keine Freunde, sondern nur Interessen, heißt es. Insofern sollten wir uns ehrlich machen und Abschied nehmen von Sonntagsreden. Werte wie Recht und Freiheit müssen im Alltag erkämpft werden.“

Pforzheimer Zeitung

Die Zeitung zur Pkw-Maut: „Selbst wer an Dobrindts 600-Millionen-Plus glauben mag, muss sich verwundert die Augen reiben: Um die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland zu finanzieren, sind jährlich sieben Milliarden Euro nötig. Um das mal in Relation zu setzen: Das ist so, als wolle man ein Auto für 7000 Euro kaufen und spart dafür 600 Euro an. Wenn eine Maut tatsächlich einen Nutzen haben sollte, müssten auch die deutschen Autofahrer zusätzlich zur Kfz-Steuer zahlen. Sollen sie aber nicht, keinem Deutschen werden Mehrkosten zugemutet, sagt Dobrindt. Am Ende verspricht die Pkw-Maut ziemlich viel. Sie wird wenig davon halten.“

Rölnher Stadt-Anzeiger

Die Zeitung zur Pkw-Maut: „Die Pkw-Maut greift viel zu kurz. Experten haben hochgerechnet, dass 2050 in der EU mindestens 270 Millionen motorisierte Fahrzeuge unterwegs sein werden – 50 Millionen mehr als heute. Das würde bedeuten, dass das Horrorszenario eines Verkehrskollapses Wirklichkeit wird. Was tun? Weniger Autos, dafür mehr Fahrräder, mehr Carsharing und mehr öffentlichen Nahverkehr – wir brauchen eine Runderneuerung der Verkehrssysteme.“



Karikatur: Mester

Für einen Tod in Würde

RECHT Seit fünf Jahren gibt es die Patientenverfügung. Sie kann unnötiges Leiden verhindern. Dennoch tut Aufklärung Not.

AUSSENANSICHT



DR. DIETMAR KURZE

Der Autor ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Erbrecht sowie Geschäftsführer von VorsorgeAnwalt e.V.

Die moderne Medizin macht es möglich: Wir leben immer länger. Doch oft genug endet das Leben erst nach einer unnötig langen Leidensgeschichte im Krankenhaus oder Pflegeheim am Tropf. Für die meisten Menschen ist das eine Horrorvision. Eine 86 Jahre alte Berlinerin bringt es auf den Punkt: „An Schläuchen hängen und dann Pflege bis zum bitteren Ende? Das ist grauenhaft!“

Diese Angst teilen viele. Dabei ist eine künstliche Lebensverlängerung um jeden Preis nicht zwingend. Jeder kann sich mit einer Patientenverfügung wappnen. Denn mit diesem Instrument der Selbstbestimmung legt der Verfügung fest, wie er behandelt werden möchte, wenn er sterbenskrank ist. Genauer: Er bestimmt für diese Situation, was Ärzte und Pfleger nicht mehr tun sollen. Steht aus medizinischer Sicht fest, dass der Verfügung nicht mehr in ein bewusstes Leben zurückkehren wird, sollen die Ärzte und Pfleger auf lebensverlängernde Maßnahmen verzichten. So kann man die künstliche Ernährung durch eine Magensonde oder eine Wiederbelebung bereits im Vorfeld verhindern.

An eine Patientenverfügung müs-

sich Ärzte und Pfleger halten. Eigentlich! Das ist sogar gesetzlich geregelt. Seit bald fünf Jahren gibt es das Patientenverfügungsgesetz. In Kraft getreten ist es am 1. September 2009. Trotzdem kommt es in der Praxis zu zahlreichen Problemen. So müssen sich die Verwandten sterbender Menschen mitunter von Pflegekräften hören, sie würden ihre Angehörigen qualvoll verhungern lassen. Ein unberechtigter und ungerechter Vorwurf! Oder Ärzte behaupten einfach, der Sterbende sei früher gar nicht bei Sinnen gewesen und habe nicht begriffen, was er mit der Patientenverfügung unterschrieben habe. In anderen Fällen wiederum behaupten Mediziner, die Verfügung würde nicht zum konkreten Krankheitsbild passen und sei deshalb nicht relevant. Das ist falsch! Denn Ärzte müssen eine Patientenverfügung in jedem Fall beachten. Vorausgesetzt, sie wissen überhaupt davon. Das ist ein weiterer Schwachpunkt: Viele Patientenverfügungen

sind im Notfall gar nicht auffindbar.

Aufklärung auf breiter Front tut Not: Bei den Bürgern, damit sie ihren Willen rechtskräftig äußern können. Und bei Ärzten und Pflegekräften, damit diese die Verfügungen ihrer Patienten respektieren und richtig umsetzen! Vor diesem Hintergrund hat der Verband VorsorgeAnwalt e.V. den 1. September 2014 zum ersten „Tag der Patientenverfügung“ mit einer Informationsveranstaltung beteiligen. Ihre Unterstützung bereits zugesagt haben zum Beispiel die Landesverbände des Roten Kreuzes in Berlin, Bremen und Baden-Württemberg.

Wer bei der Vorsorge für den letzten Schritt im Leben keine Fehler machen möchte, lässt sich juristisch und medizinisch beraten. Zwar gibt es Muster zum Ankreuzen. Doch diese sind in aller Regel nicht individuell genug und können Fehler enthalten. Als Folge werden solche Patientenverfügungen im Ernstfall nicht von allen Ärzten akzeptiert. Eine wirksame Patientenverfügung dient dabei nicht nur dem Menschen, der sie unterschreibt, sie hilft im Ernstfall auch den Angehörigen und Ärzten, mit der schwierigen Situation richtig umzugehen.

→ Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.

WWW.MITTELBAYERISCHE.DE

Meistgelesen

- 01 Verkehr** Ein Motorradfahrer stürzt nach einem Bremsmanöver nach der Eixendorfer Brücke. Der Biker und eine weitere Person werden schwer verletzt.
- 02 Streit** Fromm heißt nicht unbedingt liebevoll – in Baden-Württemberg setzen Eltern einen Elfjährigen auf einem Parkplatz aus, weil er nicht mit zur Kirchengemeinde wollte.
- 03 Unfall** In Schwarzenfeld prallt ein Motorradfahrer in der Nacht zu Sonntag mit einem Reh zusammen. Der Mann erleidet tödliche Verletzungen.
- 04 Kriminalität** Eine Frau wird in Bad Kissingen tot in ihrer Wohnung gefunden. Wenig später nimmt die Polizei deren 23-jährige Tochter fest.
- 05 Polizei** Ein Mann drang auf der Suche nach Beute in Regensburg bis in ein Schlafzimmer vor. Er war über die Terrassentür in die Wohnung gelangt.
- 06 Prozess** In Regensburg hat am Montag das Wiederaufnahmeverfahren im Fall Mollath begonnen.
- 07 Gaudi** In Pentling lockte das Dirndlspringen Hunderte Zuschauer.

Angeschaut

Ob Reality-TV, Krimi-Klassiker, Show-Event oder Hitserie – in unserer Rubrik „Angeschaut“ finden Sie alle Neuigkeiten und Trends aus der bunten Welt des Fernsehens.

www.mittelbayerische.de/angeschaut



Video des Tages

2000 Schaulustige verfolgten das Dirndlspringen an der Walba bei Pentling. 20 Damen und Herren stürzten sich in die kühlen Fluten der Donau. www.mittelbayerische.de/video

facebook -Thema

In einer neuen Sat1-Doku heiraten einander unbekannte Menschen beim ersten Date. Der Sender verspricht die Chance auf die große Liebe.

Reaktionen der User:

- Ich bin für die Wiedereinführung von Gladiatorenkämpfen, um den Pöbel zu belustigen. Vielleicht mit den Machern solcher Sendungen anfangen? *Marco*
- Welch Schwachsinn. Heiraten sollte was Besonders sein und nicht ein Abendfüllendes Programm! *Bernd*
- Keine überraschende Entwicklung nach „Bauer sucht Frau“ und Co., ein Spiegel der Gesellschaft. *Vincent*

Diskutieren Sie mit uns weiter unter www.mittelbayerische.de/facebook